

Eva M. Welskop-Deffaa

Lebenslaufpolitik – Anforderungen an Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit in einer Gesellschaft des langen Lebens

Politik ist angewandte Liebe zu den Menschen.

Hannah Arendt

Zusammenfassung

Menschen leben heute durchschnittlich 30 Jahre länger als vor 100 Jahren. Gleichzeitig ist dieses längere Leben von vielfältigsten Entscheidungsnotwendigkeiten unter den Vorzeichen medialer Beschleunigung geprägt. Orientierung bietet in der Gesellschaft des langen Lebens die Zugehörigkeit zu einer Generation. Gemeinsame Generationenerfahrungen verweisen auf objektive Ähnlichkeiten, die Politik zum Ausgangspunkt passgenauer Konzepte nehmen sollte. Lebenslaufpolitik – stimmige Politik in einer Gesellschaft des langen Lebens – muss allerdings auch der Geschlechtergerechtigkeit herausgehobene Aufmerksamkeit schenken. Eine zentrale Erwartung der Menschen an den institutionellen Rahmen besteht darin, dass die mit gemeinsam getroffenen Entscheidungen (linked lives) verbundenen Chancen und Risiken nicht strukturell geschlechtshierarchisch ungleich verteilt sind. Anhand aktueller Rentenreformdebatten macht der Beitrag abschließend deutlich, welchen Anforderungen aktive Lebenslaufpolitik konkret genügen muss.

Abstract

On average, people today live 30 years longer than a hundred years ago. At the same time, this extended life is marked by the new media and the resulting acceleration of processes and multiplied needs for decision. One anchor for orientation in a long-life society is the sense of belonging to a generation. Shared experiences refer to objective similarities, on which politics should base the development of apposite concepts. Life-course politics – inherently consistent politics in a long-life society – must of course also pay particular attention to gender equity. One of the citizens' central expectations of the institutional framework is that the opportunities and risks involved in decisions taken together (linked lives) are not distributed unequally with regard to gender. Using the example of the ongoing debates on pension reform, this paper concludes by underlining the requirements active life-course politics has to meet.

1 Vom »älter Werden« zum »länger Leben«

Wer von den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit spricht, wird nicht umhin kommen, den »demographischen Wandel« zu erwähnen. Die »alternde Gesellschaft« dient seit Jahren als Angst-Szenario sozial- und wirtschaftspolitischer Diskussionen: Mit dem steigenden Anteil älterer Menschen wird eine Sklerotisierung der gesellschaftlichen Innovationsfähigkeit ebenso verbunden wie eine die Sozialversicherungssysteme überfordernde »Alterslast«.

Auch die, die sich für »neue Altersbilder« stark machen,¹ gehen von dem Befund aus, dass immer mehr Menschen – gerade in der westlichen Welt – immer älter werden. Und diejenigen, die den demographischen Wandel mit dem Dreiklang »weniger, älter, bunter« (Kösters 2011) übersetzt haben, haben doch die Tatsache des langen Lebens meist überführt in den Status-Befund der sich verschiebenden Alterspyramide: Im Verhältnis zu den unter 20jährigen gibt es immer mehr über 80jährige und diese Verschiebung ist keineswegs abgeschlossen.

Was bei dieser statistischen Betrachtung, die Gesellschaften nach dem Altersaufbau ihrer Bevölkerung vergleicht, meist ungenügend reflektiert wird, ist der Unterschied zwischen dem Befund »wir werden älter« und der auf den ersten Blick ähnlichen klingenden Beschreibung »wir leben länger«.

Genau auf diesen Unterschied richtet aktive Lebenslaufpolitik ihr besonderes Augenmerk. Sie antwortet konzeptionell auf die *Anforderungen einer Gesellschaft des langen Lebens* und unterscheidet sich damit substantziell von den dominierenden Themen der Debatte um den »demographischen Wandel«.

Die Erwartungen an »Lebenslaufpolitik« gehen einerseits deutlich über das hinaus, was an anderer Stelle unter »Demographiefestigkeit« angesprochen wird; die Fokussierung auf Anforderungen einer Gesellschaft des langen Lebens kann dabei aber auch deutlich machen, dass manche – unnötige – Aufgeregtheit im Demographiediskurs der Engführung der Zustandsbeschreibung auf das »Alt- und Älterwerden« geschuldet ist.

1 Vgl. den jüngsten Altenbericht der Bundesregierung, BMFSFJ 2010, 19ff. Der Bericht spricht auch von einer »Gesellschaft des langen Lebens«, konzentriert sich dann allerdings auf die Frage der Notwendigkeit neuer Altersbilder in einer alternden Gesellschaft.

Der Perspektivwechsel vom »wir werden älter« zum »wir leben länger«² unterstützt den Wechsel vom »Erleiden« einer Veränderung hin zu ihrer Gestaltung. Es ist der Wechsel von einem bevölkerungspolitischen Statusbefund hin zum dynamischen Blick auf das Gelingen individueller Lebensverläufe und deren notwendiger politischer Rahmung.

Wir leben heute durchschnittlich 30 Jahre länger als unsere Vorfahren vor 100 Jahren. Wer heute 14 Jahre alt ist, weiß, dass er oder sie (durchschnittlich) noch mehr als 70 Lebensjahre vor sich hat. Der Gestaltungsauftrag an das eigene Leben – und mit 14 ist man alt genug, um diesen Gestaltungsauftrag verantwortlich wahrzunehmen³ – umfasst also eine Zeitspanne, die um mehr als ein Drittel länger ist als für die Gleichaltrigen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

2 Konnektivität – Länger leben unter den Vorzeichen medialer Beschleunigung

Die Herausforderung des langen Lebens wird als Herausforderung der Gegenwart erst dann in ihrer Tragweite – und in ihrem Unterschied zur Herausforderung einer älter werdenden Gesellschaft – richtig verstanden, wenn die messbar längere Lebenserwartung in Beziehung gesetzt wird zur *Beschleunigung* des (Wirtschafts-)Lebens um uns herum. Die fortschreitende Technisierung und Arbeitsteilung, die im 20. Jahrhundert zu einer »radikalen Beschleunigung des gesamten Wirtschafts- und Alltagslebens« führte und – in deren Folge – zu einem immer geringeren »Abstand zwischen Produktion und Destruktion, zwischen Erwerb und Konsum einer Sache oder Dienstleistung« (Dries 2011, 107), ist durch die Entwicklung der neuen Medien noch einmal neu in Gang gebracht worden. Damit wird »die Tatsache, dass menschliches Leben, das immer das Sinnbild des Flüchtigsten und Vergänglichsten, was es überhaupt gibt, gewesen war, heute dauerhafter und weniger vergänglich zu sein

2 Die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens in Deutschland heute beträgt 82,4 Jahre, die eines neugeborenen Jungen 77,17 Jahre, vgl. BMFSFJ 2010, 19.

3 So Klaus Hurrelmann in seinem Vortrag »Wie tickt die junge Generation? Welcher Nachwuchs kommt auf die Unternehmen zu?« auf der Fachtagung Personal des Dt. Sparkassen- und Giroverbandes am 17./18.11.2011 in Berlin.

beginnt als die Stadt und die Straße, das Haus und die Landschaft, in welche es hineingeboren ist,« (Arendt 2000, 76) zur Grunddeterminante der Gesellschaft des langen Lebens.

Nach dem modernen Kapitalismus, der – angetrieben vom gehetzten Dauerkonsumenten – als Auslöser und Motor des rasenden Tempos die Welt in Richtung einer globalen *waste economy* veränderte, sind es heute die neuen Medien, die ganz wesentliche Beschleuniger aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse sind – mit Schallgeschwindigkeit reagieren zum Beispiel computergestützt die Börsen auf politische Unruhen in Rohstoffregionen und lösen mit den kursvermittelten Informationen übers Internet überschießende Reaktionen an anderen Teilen der Welt aus, bevor das auslösende Ereignis selbst bekannt ist.⁴ Konnektivität – die Eigenschaft medial vernetzt zu sein bzw. das Ausmaß, in dem wir zum Internet und anderen Computernetzwerken Verbindungen halten – prägt die gesellschaftliche Wirklichkeit tiefgreifend, verstärkt die Spannung zwischen physischer Langlebigkeit und medialer Schnellebigkeit und beschreibt die Komplexität der Herausforderungen unserer Gesellschaft des langen Lebens.⁵

Erst im Verhältnis von eigenem – biologisch länger werdenden – Leben (und der damit inhärent notwendig wichtiger werdenden Fähigkeit zu langfristigem Denken) zur – technikgetriebenen – Beschleunigung der Lebensweltveränderung wird die ganze Brisanz des »langen Lebens« sichtbar. In einen Monat, in ein Jahr menschlichen Lebens drängen sich

4 Besonders faszinierend wird diese Beschleunigung durch Computertechnik beschrieben in Robert Harris' Roman »Angst« (2011, 261): Der Anschlag auf ein Flugzeug war auf einer Dschihadisten-Website angekündigt worden, noch während das Flugzeug in der Luft war. Das informationsbasierte Computerprogramm VIXAL, das das virtuelle Netz nach »angstbesetzter Sprache durchforschet«, reagiert mit Aktienkäufen und -verkäufen der Fluggesellschaft, bevor das Unglück passiert ist.

5 In die sozialwissenschaftliche Literatur hat die Analyse der Konnektivität noch kaum Eingang gefunden. Vorläufig sind die Diskussionen überwiegend Binrendiskurse von Computerfreaks und die Beschreibungen entsprechend eher »technisch«. Die besten Definitionen und Erläuterungen findet man in englischsprachigen Internet-Wörterbüchern (z. B. www.calresco.org/glossary oder www.net5.com). Dass der Sprung von der Beobachtung technischer Vernetzung zur sozialwissenschaftlichen und politischen Analyse unmittelbar bevorsteht, zeigen nicht zuletzt die Wahlerfolge der Piraten-Partei, die die Veränderungen der realen durch die virtuelle Welt in den Mittelpunkt ihrer Programmatik stellen.

heute in rasanter Folge Entscheidungsnotwendigkeiten und Veränderungen hinein, die früher für ein Jahrzehnt ausgereicht hätten, gleichzeitig stehen dem Menschen deutlich mehr Lebensjahre zur Verfügung als früher. Die so sich ergebende »doppelte Verlängerung« des Lebens – durch biologische Verlängerung und technikgetriebene Intensivierung – erzeugt ganz neue Anforderungen an Lebensgestaltungskompetenz: Die Herausforderung des langen Lebens, die sich aus der Kombination von biologischer Verlängerung und technischer Beschleunigung ergibt, kontrastiert spannungsreich zur natürlichen Dominanz von Kurzfrist- im Vergleich zu Langfristabwägungen von Menschen in alltäglichen und weniger alltäglichen Entscheidungssituationen. Länger und zugleich schneller leben heißt: Immer öfter und schneller entscheiden müssen, in immer schnellerer Taktung reagieren, mit immer mehr Langfristeffekten eigener Entscheidungen konfrontiert werden und letztlich – angesichts unübersichtlicher Zukunft – mit immer stärkeren Anreizen für die Gewichtung der Kurzfristeffekte dieser Entscheidungen zurechtkommen.

Schon unter den Vorzeichen eines deutlich weniger »langen Lebens« befassten sich Sozialphilosophen, Theologen und Ökonomen mit der Frage, welche Anreize und Rahmenbedingungen dazu angetan sind, Langfristauswirkungen wichtiger Lebensentscheidungen eine adäquate Berücksichtigung zu sichern. Die klassische Theorie des Zinses etwa kreist um diese Frage, da der Zins als Ausgleich für entgangenen Gegenwartsnutzen interpretiert wird: Der Zins motiviert, Gegenwartskonsum zugunsten zukünftiger Konsummöglichkeiten zu verschieben. Ein Euro heute, so die Einsicht der Ökonomen, ist deutlich wertvoller als ein Euro in 20 Jahren, sodass ich freiwillig für das eigene Alter nur dann ausreichend vorsorgen werde, wenn der Zinssatz entsprechend hoch ist.⁶ Eine strukturelle Unterschätzung zukünftiger Risiken im Vergleich zu heutigem Nutzen verschärft die Abwägungsgefahren. Die mit dem langen Leben verbundenen langen Langfristabwägungen spielen vermutlich nicht selten hinter jener Nebelwand, die Fernwirkungen von relevanten Entscheidungswirkungen trennt.

6 Die gesetzlichen Verpflichtungen zur Altersvorsorge reagieren auf dieses Kalkül. Gesellschaftlich wäre es zu teuer, die sich aus Gegenwartspräferenz und niedrigen Zinsen ergebende ungenügende Vorsorge jeweils nachträglich zu kompensieren. Verpflichtende Sozialversicherungssysteme mit entsprechender Beitragspflicht schaffen eine Langfristvorsorge über das individuelle Nutzenkalkül hinaus.

3 Gestaltung des langen Lebens – eine Herstellungsleistung

In der heutigen Situation, die geprägt ist von biologisch langem Leben und gesellschaftlich-technischer Beschleunigung, ist die Frage nach gutem Leben neu gestellt. Jeder und jede einzelne steht vor der Anforderung, *das eigene Leben selbst erfinden* zu müssen, denn längst sind gesellschaftliche Normierungen fragwürdig und tradierte (Rollen-)Erwartungen weniger maßgeblich geworden. Keineswegs gehört heute zu einem guten Leben noch unhinterfragt eine bestimmte chronologische Abfolge von Lebensereignissen (Schulabschluss, Berufseintritt, Heirat, Geburt eines Kindes...); stattdessen ist jede und jeder selbst zum Gestalter des eigenen Lebenslaufs geworden, der grundsätzlich so lange der Anforderung guten Lebens entspricht als sich die Abfolge von Entscheidungen und Ereignissen als »sinnvoll« *darstellen* lässt. Ob ein zweites Studium, ein Berufswechsel, eine neue Partnerschaft, ein Umzug ... richtig und / oder vertretbar ist, ergibt sich nicht aus dem Abgleich mit einem Musterlebensentwurf, der als gesellschaftliche Norm breit akzeptiert wäre. Jedes dieser Ereignisse und jede dieser Entscheidungen kann grundsätzlich »richtig« oder »falsch« sein im Lichte der eigenen Anforderungen an gelingendes Leben und vor dem Horizont kurz- und langfristiger Lebensoptionen. Da immer mehr weichenstellende Lebensentscheidungen nicht durch klare gesellschaftliche, religiöse oder familiäre Normierung vorgeprägt sind, sondern tatsächlich dem und der Einzelnen selbst obliegen, kommt der Befähigung zur eigenverantwortlichen weichenstellenden Lebensentscheidung zunehmende Bedeutung zu.

Die natürliche Neigung, Kurzfristaspekten größere Beachtung zu schenken, kann – wo sich Menschen durch die Unübersichtlichkeit langfristiger Effekte überfordert fühlen – weiter verstärkt werden. Dies ist in unserer unübersichtlichen Gesellschaft des langen Lebens zunehmend wahrscheinlich und zugleich besonders fatal, weil Langfristeffekte eigener Entscheidungen den Einzelnen selbst noch in 50 oder 60 Jahren treffen können. Dem muss durch kluge politische Gestaltung von Anreizen und Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden.⁷ Das dem Einzelnen politisch verordnete »Fernglas« gehört unter

7 Entsprechend ist die Aufforderung des 1. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung zu lesen, die fünf Grundannahmen der Lebenslaufforschung um das Prinzip der »aktiven Lebenslaufpolitik« zu ergänzen, vgl. BMFSFJ 2011a, 31.

der Maßgabe aktiver Lebenslaufpolitik notwendigerweise zum Instrumentkasten gesellschaftspolitischer Intervention: Bürger und Bürgerinnen müssen rechtzeitig auf die Langfristfolgen ihres eigenen Tuns aufmerksam gemacht und für eine vorsorgende Lebenslaufgestaltung gewonnen werden.

Es reicht allerdings nicht aus, Menschen den Blick für die Spätfolgen ihres eigenen Tun und Unterlassens zu öffnen, es reicht nicht aus, die Bereitschaft zur Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung zu stärken: aktive Lebenslaufpolitik ist auch verpflichtet, politisch präventiv Möglichkeitsräume zu erhalten und frühe, schwer korrigierbare Ungleichverteilung von Lebenschancen zu verhindern. Mit dieser »ökologischen« oder Nachhaltigkeits-Dimension der Lebenslaufpolitik ist eines ihrer besonderen Merkmale benannt.⁸

Für jedes menschliche Wesen, das »niemals heute dafür einstehen kann, wer es morgen sein wird«⁹, entsteht ein wachsender Anspruch, *im Nachhinein* erklären zu können, warum er / sie zu dem / der geworden ist, der / die wir sind.

»Weltoffenheit«, d. h. die Fähigkeit, sich in der Welt immer wieder neu einzurichten und immer wieder ein Anderer zu sein, ist ein großes Geschenk; unter den Bedingungen des langen Lebens dieses Geschenk annehmen und nutzen zu können, setzt allerdings persönliche Gestaltungskraft und eigene Definitionsmacht voraus, die nicht schlicht »vorausgesetzt« werden kann.

In einer unübersichtlichen Welt, inmitten technikgetriebener Schnelligkeit und in einem langen Leben, das Phasen der Schwäche und der Stärke wechselvoll verbindet, kann die Zuversicht in die Sinnhaftigkeit des eigenen Lebens ebenso leicht verloren gehen wie die Kraft, rückblickend die Kette der Ereignisse zu einem Lebensfaden zu verknüpfen, an den sich nächste Ereignisse und Entscheidungen, die noch in der Zukunft liegen, gut anschließen lassen. Es ist kein Zufall, dass der grundlegende Relaunch von facebook zu Beginn des Jahres 2012 einer Lebenslauf-Anordnung folgt (vgl. o. A. 2011). Das social network-Angebot unterstützt seine Nutzer auf diese Weise bei genau der anspruchsvollen

8 Vgl. BMFSFJ 2011a, 45ff und Allmendinger 1994, 36.

9 Hannah Arendt spricht diesbezüglich von der »grundsätzlichen Unzuverlässigkeit des menschlichen Wesens«, so dies. 2000, 100.

Aufgabe, vor der sich Menschen heute sehen: über ihren Lebenslauf das eigene Leben zu »erfinden«.

Übergangsphasen, Entscheidungssituationen, Weichenstellungen und Wegmarken kommt bei einer solchen Erfindung des Lebenslaufs eine besondere Bedeutung zu. Dem vormalig vor allem aus Liebe zu einem Studienfreund gewählten freiwilligen sozialen Jahr in einem Kibbuz zum Beispiel kann in der »Konstruktion des Lebenslaufs« nachträglich eine spezifische Bedeutung zukommen, wenn es darum geht, sich auf eine Stelle zu bewerben, in der »Israelkenntnisse erwünscht« sind. Die Verheißung eines Lebens, in dem Menschen aus sich heraus immer wieder neue Anfänge stiften können, wird in einer Gesellschaft des langen Lebens zu einer Überforderung, wenn nicht jeder Einzelne auf diese langlebige Aufgabe vorbereitet und auf Situationen eingestimmt ist, in denen Lebensentwürfe ernsthaft zu scheitern drohen oder in denen auf halber Strecke ein freiwillig eingeschlagener Weg sich als Sackgasse des Lebens erweist. Politik kann über diese gefährliche Zumutung nicht schlicht hinwegsehen, ihre Gestaltungsaufgabe in einer Gesellschaft des langen Lebens misst sich als aktive Lebenslaufpolitik an Kriterien der Verantwortungsmöglichkeit.¹⁰

4 Generationenzugehörigkeit in Zeiten des langen Lebens

Eine tragfähige Antwort auf die latente Überforderung, die in einer Gesellschaft des langen Lebens mit der »Weltoffenheit« des Menschen verbunden ist, besteht in der (Selbst-)Zuordnung zu einer »Generation«. Konnte im ausgehenden 19. Jahrhundert die Zuordnung zu einer Klasse für den Einzelnen eine Ver-Ortung/Beheimatung in der Gesellschaft leisten, die für die anstehenden Lebensentscheidungen Orientierung bot, so bietet sich in der Gesellschaft des langen Lebens die *Zuordnung zu einer Generation* als sinnstiftendes Angebot an.

10 Der Sachbereich III des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ZdK (wirtschaftliche und gesellschaftliche Grundfragen) hat sich 2011/12 intensiv mit dem Konzept der aktiven Lebenslaufpolitik befasst und dazu dem Frühjahrs-Hauptausschuss 2012 einen ersten Orientierungs-Text vorgelegt, der die Frage der Verantwortungsmöglichkeit intensiv thematisiert.

Es ist kein Zufall, dass »Generationen«-Literatur Konjunktur hat.¹¹ Die wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Generationen-Literatur reagiert auf die Tatsache, dass in einer Gesellschaft des langen Lebens verschiedene Kohorten gleichzeitig leben, deren lebensprägende Lebensereignisse und Werthaltungen sie voneinander deutlich unterscheiden, sodass Selbstbild und Fremdwahrnehmung von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen sich zu unterschiedlichen Generationenbildern verdichten lassen.

Das soziodemographische Unterscheidungsmerkmal des 21. Jahrhunderts ist die Generation. Die Zuordnung zu einer Generation erleichtert dem Individuum die Gestaltung des eigenen Lebenslaufs in Kombination aus Offenheit und Interpretationserfordernis und ermöglicht den politisch Verantwortlichen eine sachgerechte Differenzierung einer zielgruppenunterscheidenden generationenresponsiven Politik.

Wichtige Lebensereignisse und -entscheidungen, die nachträglich in der Lebenslauf erzählung begründet und gerechtfertigt werden müssen, ergeben und erklären sich leichter im Kohorten- und damit im Generationenkontext: Wer zwischen 1968 und 1977 an einer deutschen Universität das Studium aufnahm, machte bestimmte Erfahrungen der »68er«, die prägend blieben, Erfahrungen mit Sexualität und Geschlechterverhältnissen ebenso wie mit Berufseinstieg.¹²

Gemeinsame Ereignis-Erfahrungen von Alterskohorten verdichten sich in der Zuordnung zu »Generationen«, wobei unterschiedliche Generationen verschiedenen Kohorten nicht jahrgangswise streng entsprechen, sondern durch eine größere Dichte in Bezug auf gemeinsame Prägung und Lebenserfahrung ausgewiesen sind. Ich gehöre zur Babyboomer-Generation nicht nur und vor allem, weil ich 1959 geboren wurde, sondern stärker, weil ich die Erfahrung von überfüllten Grundschulklassen und überbordenden Hörsälen machte – wo wir ankamen, waren wir immer (zu) viele. Ich gehöre zur Babyboomer-Generation und rechne mich ihr zu, weil uns Einstellungen und Lebenskonzepte verbinden, die in der Selbsterfindung in einer Gesellschaft des langen Lebens wirkmächtiger sind als soziale Klasse oder regionale

11 Anstelle vieler anderer Bücher und Zeitschriften sei hier exemplarisch verwiesen auf Parment 2009 und bap 2012.

12 Alice Schwarzer nennt ihre Biografie nicht ohne Grund »Lebenslauf« und beschreibt die prägenden Erfahrungen der »68er« Jahre. Sehr interessant dazu Tisch/Tophoven 2011.

Herkunft. Wir Babyboomer werden gemeinsam alt werden und gleichzeitig in die Altersheime stürmen. Wir werden dort die rustikalen Eichenschränke aus den Aufenthaltsräumen verbannen, den Häusern neue Namen geben (»SeNio-WG«?) und in den Abendstunden Beatles-Musik hören.

Das Ordnungsmuster der Gesellschaft des langen Lebens prägen Altersgruppe, Kohorte, Generation¹³ – und mit der Selbst-Zuordnung zu Generationen gliedert sich die Gesellschaft stärker noch als durch die soziodemographische Unterscheidung nach Kohorten.

Politik steht vor der Herausforderung, Generationenvielfalt und damit die Gleichzeitigkeit sehr unterschiedlicher Lebenserfahrungen und –konzepte, durchgängig und möglichst widerspruchsfrei berücksichtigen zu müssen.¹⁴ Rahmenbedingungen für Entscheidungen in einer

13 Die drei Begriffe Kohorte, Altersgruppe und Generation werden im Alltagssprachgebrauch oft synonym verwendet. In der Soziologie bezeichnet Altersgruppe die Gruppe(n) derer, die gleich alt sind. Dabei können die heute und die gestern der gleichen Altersgruppe (z. B. der 20jährigen) Angehörigen verglichen werden. Kohorte bezeichnet die Zugehörigkeit zu denselben Geburtsjahrgängen (zu den Babyboomern zählen die Geburtsjahrgänge etwa zwischen 1950 und 1965). Der Generationenbegriff knüpft grundsätzlich am Kohortenbegriff an, verbindet ihn aber mit Einstellungen und Prägungen, die Menschen einer bestimmten Generation (Babyboomer-Generation, Generation Golf, Generation Y...) teilen. Man kann sich allerdings einer Generation zugehörig fühlen, ohne zu den »zugehörigen« Kohortenjahrgängen zu zählen.

14 Während »Generationengerechtigkeit« bislang vor allem als Frage nach dem Verhältnis heute lebender und zukünftiger Generationen gestellt wurde oder, im Kontext sozialer Sicherung, als Frage nach dem Verhältnis heutiger Beitragszahler und heutiger Leistungsempfänger zu zukünftigen Beitragszahlern und zukünftigen Leistungsempfängern, richtet aktive Lebenslaufpolitik in einer Gesellschaft des langen Lebens den Blick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und berechtigten Ansprüche der sechs bis sieben verschiedenen heute gleichzeitig lebenden Generationen. Reinhold Thiede hat dies bereits angedeutet im Rahmen der Tagung »Eigenverantwortung, private und öffentliche Solidarität – Rollenbilder im Familien- und Sozialrecht im europäischen Vergleich«: »Aus meiner Sicht sollte sich die soziale Sicherung in den nächsten Jahrzehnten nicht auf ein neues Rollenmodell hin ausrichten, sondern sich darauf einstellen, dass in polyzentrierten Gesellschaften gleichzeitig mehrere Rollenmodelle von durchaus bedeutsamen Teilen der Bevölkerung praktiziert werden. Die gesetzliche Rentenversicherung bzw. die Alterssicherung insgesamt sollte so ausgestaltet sein, dass unabhängig davon, welches Rollenmodell eine Person bzw. ein Paar während des Erwerbslebens realisiert, für das Alter eine ausreichende Sicherung gewährleistet werden kann.« (Dauner-Lieb u. a. 2008, 478).

Gesellschaft des langen Lebens sind politisch nicht nur so zu gestalten, dass Langfristeffekte im Vergleich zu Kurzfristgesichtspunkten adäquat berücksichtigt werden (s. o.), sie müssen auch berücksichtigen, dass ein und dieselbe Maßnahme für Menschen verschiedener Altersgruppen objektiv mit unterschiedlichen Effekten verbunden ist und subjektiv von Menschen verschiedener Generationen unterschiedlich wahrgenommen und verstanden wird.

Eine generationenblinde Politik ist in einer Gesellschaft des langen Lebens zum Scheitern verurteilt. Der Versuch, mit einem one-fits-all-Ansatz die Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern verschiedener Altersgruppen und Kohorten unsichtbar zu machen, ist angesichts der Bedeutung der Generationenzugehörigkeit für das Selbstkonzept der Menschen im 21. Jahrhundert von vornherein untauglich. Lebenslaufpolitik ist daher generationenbewusst, besser noch »generationen-responsiv«, also die unterschiedlichen Generationen einbeziehend und in ihrer Verschiedenheit berücksichtigend!

5 Geschlechterunterschiede und linked lives

Die skizzierte Gestaltungsaufgabe des eigenen Lebens trifft in unserer Gesellschaft des langen Lebens *Frauen und Männer sehr unterschiedlich und unentrinnbar gemeinsam*. Die philosophische Anthropologie und mit ihr die Ökonomie spricht kaum von Menschen im Plural, fast immer vom Menschen, gewissermaßen im »platonischen Singular« bzw. vom Homo oeconomicus, vom eigen-ständigen Nutzenmaximierer.¹⁵ Damit werden einerseits die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Entscheidungssituationen und Lebensverläufen übersehen bzw. negiert, andererseits fehlt die notwendige Sensitivität dafür, dass wesentliche Lebensentscheidungen nicht isoliert, sondern gemeinsam getroffen

15 In Günter Andres »Die Kirschenschlacht« findet sich dazu folgender interessanter Dialog mit Hannah Arendt (Anders 2011, 39). Anders, der das Konzept des »platonischen Singular« kritisiert, führt aus: »Die philosophische Anthropologie ist, wenn man den Parallelausdruck zum Terminus ›Monotheismus‹ prägen darf, eine Art von ›Monoanthropismus‹. Sie [Hannah Arendt] kratzte sich den Kopf. ›Von ›Monandrismus‹ sogar ergänzte sie, ›der Mensch wird ja stets als ein Mann vorgestellt. Als eine Art Solo-Prometheus!‹ Ihre zwei Zornfalten erschienen wieder zwischen den Brauen. ›Eine Schande!«

werden und zwar sehr häufig gemeinsam von Frauen und Männern – allerdings mit einer strukturell geschlechtshierarchisch unterschiedlichen Verteilung der mit der Entscheidung verbundenen Chancen und Risiken (vgl. Welskop-Deffaa 2011).

Die Stellungnahme der Bundesregierung zum Ersten Gleichstellungsbericht betont daher zu Recht,

»dass sich die Lebensverläufe von Frauen und Männern verändern und heute immer mehr Einflüssen ausgesetzt sind, die sich ihrerseits rasch wandeln. Die Spielräume für persönliche Lebensgestaltung haben sich potentiell erweitert. Gleichzeitig sind die Entscheidungsherausforderungen größer geworden, mit denen sich Frauen und Männer an weichenstellenden Übergängen im Lebensverlauf konfrontiert sehen. Gesellschaftliche Zuschreibungen und tradierte Rollenerwartungen geben immer weniger bestimmte Lebensverläufe vor, diese können und müssen heute persönlich gestaltet und verantwortet werden. Mehr und mehr wird deutlich, dass es besonderer Kompetenzen bedarf, um die sich bietenden Spielräume zu nutzen und Risiken klug abzuschätzen. Frauen und Männer stehen als »Managerinnen« und »Manager« ihres Lebenslaufs vor unterschiedlichen Herausforderungen und treffen auf ungleiche Voraussetzungen bei der Koordination der Anforderungen, die sich aus Aus- und Weiterbildung, Erwerbsarbeit, Fürsorgearbeit und gesellschaftlichem Engagement ergeben. Gleichstellungspolitik als Lebenslaufpolitik wählt eine kontextorientierte Perspektive, die auf Wirkungsketten und Abfolgedynamiken schaut. Denn Lebensentscheidungen von Frauen und Männern haben zum Teil unabsehbare Folgen. Eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik sowie eine präventiv ausgerichtete Sozialpolitik stehen damit vor der Aufgabe, die Unterstützung im Lebensverlauf auf kritische Übergangsphasen zu konzentrieren. Dabei sind Männer- und Frauenleben gerade bezüglich dieser Übergänge weiter erkennbar von Unterschieden geprägt, die sich zu gleichstellungspolitischen Herausforderungen verdichten. Gemeinsam von Frauen und Männern im Lebensverlauf getroffene Entscheidungen sind zum Teil mit sehr unterschiedlich auf beide Geschlechter verteilten Risiken und Chancen verbunden. So kann eine gemeinsame Entscheidung junger Eltern – wie die Entscheidung für die familienbedingte Erwerbsunterbrechung der Frau – den weiteren Lebensverlauf beider Eltern sehr unterschiedlich prägen, wenn die beruflichen Entwicklungs- und Einkommenschancen für die Frau durch die Entscheidung dauerhaft beschränkt sind und der Wiedereinstieg erschwert wird. [...] Hinzu kommt: Frauen und Männer haben nicht selten sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Entscheidungen gemeinsam und

welche individuell getroffen werden und wie insoweit auch die Verantwortung für die Konsequenzen dieser Entscheidungen im Lebensverlauf als persönliche oder gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen sind.« (BMFSFJ 2011a, 3f.)

Aktive Lebenslaufpolitik ist nicht denkbar, ohne diesen Tatsachen Rechnung zu tragen. Sie muss Geschlechtergerechtigkeit im Lebenslauf zu einem ihrer zentralen Ansprüche machen und umgekehrt muss Gleichstellungspolitik heute Lebenslaufpolitik sein, da eine nachhaltige Absicherung fairer Chancen für Frauen und Männer im Lebenslauf auf das ganzheitliche Konzept einer generationendifferenzierenden Lebenslaufpolitik angewiesen ist.

86 Prozent der Frauen und Männer in Deutschland sind der Überzeugung, dass die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nur dann gelingen kann, wenn Geschlechtergerechtigkeit gewährleistet wird (BMFSFJ 2011b, 11). Diese hohe Zustimmung ist – nach Phasen spürbarer gesellschaftlicher Vorbehalte gegenüber aktiver Gleichstellungspolitik – am ehesten erklärlich im Lichte der Tatsache, dass die Menschen verstanden haben, welche hohe Anforderung die Selbstgestaltung von Lebensläufen für Frauen und Männer heute darstellt und dass Frauen und Männer diese Gestaltungsaufgabe glücklich nur bewältigen können, wenn Konzepte von Frauen- und Männerleben zueinander passen.

Dabei gilt: (Junge) Frauen wollen nicht (mehr) Männern »gleichgestellt« werden – ihre Emanzipation orientiert sich nicht am klassischen männlichen Lebensentwurf. Aber (junge) Frauen und Männer erwarten von Politik, dass die institutionellen Rahmenbedingungen einer Ungleichverteilung von Chancen und Risiken zwischen Frauen und Männern aktiv entgegenwirken! Dies setzt eine Überprüfung bestehender institutioneller Rahmungen (z. B. im Ehe- und Familienrecht, aber auch im Sozial- und Arbeitszeitrecht) immer wieder neu voraus.¹⁶

16 Dazu ausführlich: BMFSFJ 2011a, 53–80; Meder 2010; Scheiwe 1993; BMFSFJ 2011c.

6 Maßstäbe einer aktiven Lebenslaufpolitik

Aus dem Vorgesagten ergibt sich: Nicht nur dem Einzelnen, auch der Politik stellen sich unter den Vorzeichen einer Gesellschaft des langen Lebens neue Aufgaben. Politisches Handeln sieht sich mit dem Anspruch konfrontiert, aktive Lebenslaufpolitik zu sein – der Anspruch steht für eine integrierende Längsschnittperspektive – und es ergeben sich vier zentrale Anforderungen an gute Politik:

- a) *Nachhaltigkeit* – Anreizsysteme sind politisch stets neu darauf zu überprüfen, inwieweit sie einer (»natürlichen«) Überbetonung von Kurzfrist-Kalkülen entgegenwirken, damit Entscheidungen heute nicht in 50 oder 60 Jahren zu vermeidbaren nachteiligen Spät- und Nebenwirkungen führen.
- b) *Generationen-Responsivität* – Politik muss sich der Tatsache bewusst sein, dass in einer Gesellschaft des langen Lebens sechs bis sieben Generationen gleichzeitig leben. Sie sind geprägt von unterschiedlichen Werten, anderen Lebenserfahrungen... und stehen objektiv vor verschiedenen Herausforderungen, die adäquat (unterschiedlich) berücksichtigt werden müssen.
- c) *Geschlechtergerechtigkeit* – Ein erheblicher Teil wichtiger persönlicher Entscheidungen wird nicht allein, sondern »gemeinsam« getroffen – mit kulturell häufig geschlechtshierarchisch unterschiedlich verteilten Folgen (Chancen und Risiken) im Lebenslauf. Institutionelle Rahmenbedingungen müssen der Anforderung genügen, Solidarität in Mikrosystemen (Ehe, Familie...) zu fördern und dabei verlässlich Frauen und Männern gleiche Verwirklichungschancen zu sichern (vgl. dazu auch Heimbach-Steins 2011).
- d) *Folgerichtigkeit* – Dem Anspruch an *Widerspruchsfreiheit auf der Zeitachse*, dem sich – nach neuerem Stand der Rechtswissenschaft (vgl. Leisner 2002, 234)¹⁷ ebenso wie nach Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts – Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung stellen müssen, kommt in einer Gesellschaft des langen Lebens erhöhte Bedeutung zu: Menschen müssen sich darauf verlassen können, zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihres Lebens politisch nicht willkürlich unterschiedlich behandelt oder doppelt haftbar gemacht zu werden.

17 Vgl. auch 1. Gleichstellungsbericht: »Der Grundsatz der Folgerichtigkeit bindet den Gesetzgeber an die von ihm getroffene Grundentscheidung. Weicht der Gesetzgeber von seiner Linie ab, ohne sie aufzugeben, so muss er diese Abweichung begründen.« (BMFSFJ2011a: 55)

7 Reformen der Gesetzlichen Rentenversicherung als Beispiel aktiver Lebenslaufpolitik

Ein Politikbereich, der sich in besonderer Weise eignet, um die skizzierten Anforderungen an eine aktive Lebenslaufpolitik nachvollziehbar zu machen, ist die Alterssicherungspolitik. Da die Rente in der Gesetzlichen Rentenversicherung als »Alterslohn für Lebensleistung« konzipiert und im Umlageverfahren finanziert ist, musste sie sich traditionell besonderen Ansprüchen an Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit stellen (vgl. Welskop-Deffaa 1997, 235f.). Nachhaltigkeit und Kontinuität (Pfadabhängigkeit, Folgerichtigkeit) sind Maßstäbe, die unstrittig eine große Bedeutung haben, wenn die Gesetzliche Rentenversicherung verfassungskonform und zukunftssicher ausgestaltet werden soll.

Aktuelle Studien zeigen, dass – trotz der wiederholten Reformbemühungen – in der Alterssicherung die Ergebnisse dem Maßstab der Geschlechtergerechtigkeit nicht genügen: Die *Alterseinkommenslücke zwischen Männern und Frauen* (Gender Pension Gap) liegt bei knapp 60 Prozent (vgl. BMFSFJ 2011d). Das heißt: die eigenständigen Alterssicherungseinkommen von Frauen liegen in Deutschland um 60 Prozent unter denen der Männer. Diese Lücke ist innerhalb von 15 Jahren (1992 bis 2007) (trotz Einführung der Kindererziehungszeiten) nur um 9,6 Prozentpunkte kleiner geworden. Das Fraunhofer Institut prognostiziert in seinen Berechnungen für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass – ohne weitere Reformen in der Alterssicherung – der Gender Pension Gap 2020 weiter bei 53 Prozent liegen wird. Diese Zahlen haben Ende 2011 / Anfang 2012 dazu geführt, die Diskussion um eine geschlechter- und generationengerechte Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung erheblich anzuheizen. Mit überzeugenden Argumenten tritt Staatsministerin Maria Böhmer dafür ein, die Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, den Zeiten gleich zu stellen, die für nach 1992 geborene Kinder in der Rentenformel berücksichtigt werden (vgl. Böhmer 2012, 8).

Bislang werden für Kinder, die 1992 oder später geboren wurden, bei der Berechnung der Rente ihrer Mütter (oder Väter) drei Jahre rentensteigernd anerkannt, für vor 1992 geborene Kinder aber nur ein Jahr.

In der offiziellen Gesetzesbegründung zur Einführung der Kindererziehungszeiten hieß es: »Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung ist gleichzeitig ein entscheidender Beitrag

zu einer Verbesserung der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau.« Und wenige Jahre später – als Begründung für die Ausweitung auf drei Jahre für nach 1991 geborene Kinder: »Dadurch wird eine soziale Absicherung der Erziehenden in der Phase erreicht, in der eine Betreuung des Kindes in vorschulischen Einrichtungen im allgemeinen noch nicht in Betracht kommt.«

Was nun die Phase anbelangt, »in der eine Betreuung des Kindes in vorschulischen Einrichtungen im allgemeinen noch nicht in Betracht kommt«, so hat sich seit 1991 ein erheblicher Wandel vollzogen. Für Politiker/-innen und Bürger/-innen 1991 gleichermaßen unvorstellbar, tritt 2013 im vereinigten Deutschland ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab Vollendung des ersten (!) Lebensjahrs des Kindes in Kraft. Die vom Renten-Gesetzgeber für die Kindererziehungszeiten angenommene Phase elterlicher Betreuung währt für Kinder, die in den Jahren nach 2010 geboren wurden / werden, also keinesfalls mehr regelmäßig drei Jahre – wohl aber wissen wir, dass gesellschaftliche Erwartung, familiäre Norm und Verfügbarkeit von Kita-Plätzen für die vor 1992 geborenen Kinder in (West-)Deutschland kaum eine andere Lösung zuließen als eine Erwerbsunterbrechung der Mutter – mindestens für die ersten drei Lebensjahre des Kindes.¹⁸

Der Vorschlag, jetzt – ab 2013 – auch jene Mütter bei der Rentenberechnung durch Anerkennung von drei Kindererziehungszeiten besser zu stellen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben, genügt neben dem Anspruch an Geschlechtergerechtigkeit erkennbar der Forderung nach Folgerichtigkeit! Es ist für niemanden nachvollziehbar, warum ausgerechnet jene Frauen in der Gesetzlichen Rentenversicherung nicht von den als Nachteilsausgleich für entgangene Erwerbsmöglichkeiten und Anerkennung für Erziehungsleistung ausgestalteten Kindererziehungszeiten profitieren sollten, für die eine außerfamiliäre Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren des Kindes tatsächlich »im allgemeinen nicht in Betracht« kam und für deren – wissenschaftlich dokumentierte – Alterssicherungslücken dieser Nachteilsausgleich die passgenaue Antwort darstellt: Die Frauen der Babyboomer-Generation haben, den Normen ihrer Zeit entsprechend, längere familienbedingte Unterbrechungen der

18 Vgl. Fromert/Thiede 2011; Klammer 2005; BMFSFJ 2011e; Welskop-Deffaa 2000.

Erwerbsbiografie in Kauf genommen, die sich nun im Alter in gefährlichen Alterseinkommenslücken niederschlagen.

Misst man den skizzierten – von den katholischen Frauenverbänden nachdrücklich unterstützten – Reform-Vorschlag (vgl. kfd/KDFB 2012)¹⁹ an den Kriterien einer aktiven Lebenslaufpolitik, zeigt sich, dass der Ansatz einer Ausweitung der Kindererziehungszeiten als Reformkonzept unstreitig in die richtige Richtung weist. Der Vorschlag sollte allerdings – um auch den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit umfassender zu genügen – eingebettet werden in ein Konzept fairer Einkommensperspektiven im Alter für *alle Generationen*: Während für die Babyboomergeneration (Frauen der Jahrgänge 1950 bis 1965) die Ausweitung der Kindererziehungszeiten passgenau Lücken in der Erwerbsbiographie ausgleichen könnte, wären für die Alterseinkommenssicherung der Generation Y (die Frauen und Männer der Jahrgänge 1975 und jünger) der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und Anreize für eine partnerschaftliche Teilung der Elternverantwortung (Stichwort: Teilelterngeld) prioritär. Frauen der Generation Golf wiederum – die Frauen der Jahrgänge 1965–1975 – profitieren bezüglich ihrer Alterssicherung vor allem von verbesserten Perspektiven für den beruflichen Wiedereinstieg, die auch nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung Karrierechancen 50 plus nicht versperren. Und last but not least sollte in einem Konzept fairer Alterseinkommensperspektiven für alle Generationen auch die Frage der rentensteigernden Anerkennung von Pflegeleistungen für die Frauen der Wirtschaftswunder-Generation angesprochen werden, die jetzt schon im Rentenalter sind.

Die Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz der Länder (GFMK) hat bei ihrer Konferenz im Juni 2012 eine solche generationendifferenzierende Reform der Alterssicherung von Frauen mit einem Konzept fairer Alterseinkommensperspektiven für alle Generationen angeregt (vgl. GFMK 2012).

In der Umsetzung des GFMK-Beschlusses durch den Bundesgesetzgeber könnte im föderalen Staatsgebilde Deutschlands aktive Lebenslaufpolitik beispielhaft Wirklichkeit werden.

19 Siehe www.frauenbund.de.

Literatur

- Allmendinger, Jutta** (1994): Lebensverlauf und Sozialpolitik. Die Ungleichheit von Mann und Frau und ihr öffentlicher Ertrag. Frankfurt a. M. New York: Campus.
- Anders, Günther** (2011): Die Kirschenschlacht. In: Ders. (Hg.): Die Kirschenschlacht. Dialoge mit Hannah Arendt. München: C. H. Beck, 7–60.
- Arendt, Hannah** (2000): Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I. München: Piper.
- Böhmer, Maria** (2012): Gerechte Renten für Mütter. In: FAZ vom 25.1.2012, 8.
- Bundesausschuss Politische Bildung** (bap) (Hg.) (2012): Generationen lernen (gemeinsam) Politik. Journal für Politische Bildung 2/2012.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (BMFSFJ) (Hg.) (2010): 6. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft und Stellungnahme der Bundesregierung, BT-Drucks. 17/3815 vom 17.11.2010.
- BMFSFJ** (Hg.) (2011a): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. BT-Drucks. 17/6240 vom 16.6.2011.
- BMFSFJ** (Hg.) (2011b): 25 Jahre Bundesfrauenministerium. Berlin.
- BMFSFJ** (Hg.) (2011c): Partnerschaft und Ehe – Entscheidungen im Lebensverlauf. Berlin.
- BMFSFJ** (Hg.) (2011d): Gender Pension Gap – Entwicklung eines Indikators für faire Einkommensperspektiven von Frauen und Männern. Berlin.
- BMFSFJ** (Hg.) (2011e): Biografiemuster und Alterseinkommensperspektiven von Frauen. Berlin.
- Dauner-Lieb, Barbara u. a.** (2008): Podiumsdiskussion: Herausforderungen der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen in Europa. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Forschungsreihe Band 3: Eigenverantwortung, private und öffentliche Solidarität – Rollenleitbilder im Familien- und Sozialrecht im europäischen Vergleich. Baden-Baden: Nomos, 472–483.
- Dries, Christian** (2011): Günther Anders und Hannah Arendt – eine Beziehungsskizze. In: Anders, Günther: Die Kirschenschlacht. Dialoge mit Hannah Arendt. München: C. H. Beck, 71–116.
- Frommert, Dina; Thiede, Reinhold** (2011): Alterssicherung vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebensverläufe. In: Klammer, Ute; Motz, Markus (Hg.): Neue Wege – Gleiche Chancen. Expertisen zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Wiesbaden, 431–465.
- Harris, Robert** (2011): Angst. München: Heyne.
- Heimbach-Steins, Marianne** (2011): Zeit für Verantwortung – eine Frage privater oder öffentlicher Solidarität. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Zeit für Verantwortung im Lebensverlauf – Politische und rechtliche Handlungsstrategien. Berlin, 167–181.

- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd); Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)** (2012): kfd und KDFB überreichen Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen 202.263 Unterschriften. Pressemitteilung vom 27.06.2012.
- Klammer, Ute** (2005): Soziale Sicherung. In: Bothfeld, Silke; Klammer, Ute; Klenner, Christina u. a.: WSI Datenreport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen. Berlin: edition sigma, 307–382.
- Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK)** (Hg.) (2012): Rente nach Lebensleistung unter Berücksichtigung von Generationenperspektiven in der Alterssicherung. In: Ders. (Hg.): Beschlüsse der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz in Nürnberg, 14./15. Juni 2012, online unter http://www.gleichstellungsminkonferenz.de/documents/Beschluesse_der_22-_GFMK_%282012%29_4.pdf, abgerufen 14.08.2012, 29–31.
- Kösters, Winfried** (2011): Weniger, bunter, älter. Den demographischen Wandel aktiv gestalten. 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage. München: Olzog.
- Leisner, Anna** (2002): Kontinuität als Verfassungsprinzip. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Meder, Stephan** (2010): Grundprobleme der Geschichte der Zugewinnngemeinschaft. Halle: Universitätsverlag Halle-Wittenberg.
- O. A.** (2011): Die Zeitleiste des Lebens. In: WELT KOMPAKT vom 30.9.2011, 26.
- Parment, Anders** (2009): Die Generation Y – Mitarbeiter der Zukunft. Herausforderungen und Erfolgsfaktor für das Personalmanagement. Wiesbaden: Gabler.
- Scheiwe, Kirsten** (1993): Männerzeiten und Frauenzeiten im Recht. Berlin, Heidelberg : Springer.
- Tisch, Anika; Tophoven, Silke** (2011): Erwerbseinstieg und bisheriges Erwerbsleben der deutschen Babyboomerkohorten 1959 und 1965. Vorarbeiten zu einer Kohortenstudie. IAB-Forschungsbericht 8/2011. Nürnberg: IAB.
- Welskop-Deffaa, Eva Maria** (1997): Alterslohn für Lebensleistung? Gedanken zur Zukunft eigenständiger Leistungsrenten für Frauen. In: JCSW 38, 235–239.
- Dies.** (2000): Neues aus der Eiswüste der Eskimos. In: Glauben leben. Zeitschrift für Frauen in Kirche und Orden 01/2000, 6–10.
- Dies.** (2011): Gleichstellungspolitik als Lebenslaufpolitik. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Zeit für Verantwortung im Lebensverlauf – Politische und rechtliche Handlungsstrategien. Berlin, 182–184.

Über die Autorin

Eva M. Welskop-Deffaa, Ministerialdirektorin a. D., Sprecherin des Sachbereichs 3 (Gesellschaftliche Grundfragen) im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

